



Liebe Leserinnen und Leser,

zwei Anhörungen zur Wohnungssituation in Nordrhein-Westfalen, die Arbeitsschwerpunkte der griechischen EU-Ratspräsidentschaft sowie zwei Plenartage stellten in Kurzform das Programm dieser Woche im Landtag NRW dar.

Am Dienstag war der Landtag fest in den Händen von Närrinnen und Narren. Der "Närrische Landtag" startete mit der Ehrung von Persönlichkeiten und Vereinen, die sich in besonderer Weise um das karnevalistische Brauchtum verdient gemacht haben. Im Rahmen der Veranstaltung ehrte Landtagspräsidentin Carina Gödecke in besonderer Weise die Comitees der Städte Aachen, Bonn, Köln und Düsseldorf für die gemeinsame Initiative zur Anerkennung des Winterbrauchtums als besonderes Kulturgut im Rahmen des Weltkulturerbes. Für das Comitee Düsseldorfer Carneval nahm Präsident Josef Hinkel die Ehrung entgegen. Anschließend empfing das Präsidium über hundert Prinzessinnen, Prinzen, Prinzenpaare und Dreigestirne aus ganz NRW.

Die Themen bei der Plenarsitzung am Mittwoch und Donnerstag waren breit gefächert, u.a. stand der Entwurf eines neuen Landesmediengesetzes auf der Tagesordnung.

Viel Spaß beim Lesen...

**Walburga Benninghaus MdL**  
**Marion Warden MdL**

**Markus Herbert Weske MdL**  
**Karl-Heinz Krems - Staatssekretär**

## Ankommen: Doppelte Staatsbürgerschaft dauerhaft behalten



Der beste Weg zur vollen politischen und rechtlichen Teilhabe ist und bleibt der deutsche Pass. Bislang müssen Migranten, die Deutsche werden wollen, ihre ausländische Staatsangehörigkeit in der Regel aufgeben. Das hält viele davon ab, einen Einbürgerungsantrag zu stellen. Deshalb brachten die Fraktionen von SPD und Grünen am Mittwoch einen Antrag in den Landtag ein. In diesem forderten sie

die Abschaffung der ungerechten Optionspflicht. Der Doppelpass soll voll akzeptiert werden. Wer in Deutschland geboren und aufgewachsen ist, soll künftig seinen deutschen Pass und die ausländische Staatsangehörigkeit seiner Eltern dauerhaft behalten können. Mit dem Antrag hat die nordrhein-westfälische Regierungskoalition ein deutliches Signal und eine eindeutige Aufforderung an die Bundesregierung geschickt. Zudem lehnten SPD und Grüne eine mögliche Koppelung des Wegfalls der Optionspflicht an Integrationsnachweise wie Mindestaufenthalt in Deutschland, Schulbesuch oder Schulabschluss als systemfremd ab. Vielmehr soll die Neuregelung des Optionsverfahrens auch eine adäquate „Altfallregelung“ für diejenigen enthalten, die bereits eine ihrer beiden Staatsangehörigkeiten aufgeben mussten.

**Drucksache [16/5025](#)** (Antrag der Fraktionen SPD und Grünen)



## Anerkennen: Kindertagespflege soll professionalisiert werden

Immer mehr Kinder werden in der Tagespflege betreut. Mütter und Väter schätzen den familiären Umgang, insbesondere auch wegen der kleinen überschaubaren Gruppen und der festen Bezugsperson. Deshalb ist die Kindertagespflege ein wichtiger Baustein zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz für Ein- und Zweijährige. Im Kindergartenjahr 2013/2014 werden in Nordrhein-Westfalen mehr als 38.300 unter Dreijährige in der Tagespflege betreut. Das sind beachtliche 17 Prozent mehr als im Vorjahr.

Doch trotz vieler Verbesserungen müssen die Rahmenbedingungen für die Kindertagespflege weiter aufgewertet werden. In einem gemeinsamen Antrag forderten die Fraktionen von SPD und Grünen die Landesregierung am Mittwoch im Plenum auf, in Kooperation mit den Beteiligten (Kommunale Spitzenverbände und Landesverband für Kindertagespflege), auf gemeinsame Empfehlungen für

den Bereich der Kindertagespflege hinzuwirken.

Drucksache [16/5024](#) (Antrag der Fraktionen SPD und Grünen)



## Angleichen: Kinder- und Jugendförderplan gesetzlich anpassen

Eine der wichtigsten Maßnahmen von Rot-Grün im Bereich der Jugendpolitik war die Erhöhung des Kinder- und Jugendförderplans seit dem Landeshaushalt 2011. Die im Kinder- und Jugendfördergesetz festgeschriebene Summe belief sich bisher aber lediglich auf etwa 75 Millionen Euro. Der Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend hat diese Diskrepanz nun einstimmig behoben. Nur die CDU-

Fraktion hat sich enthalten. Am Mittwoch lag dem Plenum eine Beschlussempfehlung für die Änderung des Gesetzes vor. Gefordert wurde zudem, dass der Fachausschuss künftig stärker an der Erstellung des Kinder- und Jugendförderplans beteiligt wird, dass Belange von jungen Menschen mit Migrationshintergrund stärker beachtet sowie die UN-Behindertenrechtskonvention auch in diesem Bereich verwirklicht werden.

Drucksache [16/5056](#) (Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend)

## Anregen: Klare Akzente im neuen Landesmediengesetz



Der Landtag hat am Donnerstag über das neue Landesmediengesetz beraten. Mit der vorliegenden Novelle setzt Nordrhein-Westfalen ein klares Zeichen für einen modernen und guten Weg zur Verbesserung der Medienlandschaft. In einem transparenten Verfahren wurde bereits 2013 ein Arbeitsentwurf vorbereitet und veröffentlicht. Über diesen haben Interessierte und

Beteiligte während einer vierwöchigen Konsultation offen im Internet diskutieren können.

Anregungen wurden später ausgewertet und sind in den jetzt vorliegenden Gesetzentwurf eingearbeitet worden. In vielen Bereichen geht NRW mit dem Gesetzesvorschlag neue Wege. Dies gilt etwa für die Einrichtung einer „Stiftung für Vielfalt und Partizipation“, wie sie bereits im Koalitionsvertrag vorgesehen ist. Ihre Aufgabe ist die nachhaltige Unterstützung des Lokaljournalismus und damit die Förderung der Vielfalt in lokalen und regionalen Medien. Die Stiftung soll durch die Landesanstalt für Medien (LfM) staatsfern in Form einer Gesellschaft des Privatrechts eingerichtet werden und aus Rundfunkbeiträgen wie auch privaten Geldern, etwa Spenden, finanziert werden. Das Gesetz schafft zudem die Voraussetzungen, um in Zukunft mehr Vielfalt auch im privaten Hörfunk zu ermöglichen. Ein weiterer Punkt ist die Stärkung der Bürgermedien. Neben der bisherigen Verbreitung im Lokalfunk sollen diese zukünftig stärker auch das Internet nutzen können. Der neue Gesetzentwurf soll unter anderem in einer Anhörung beraten werden.  
Drucksache [16/4950](#) (Gesetzentwurf)

## Fraktion vor Ort - auch bei Ihnen

---

Unser Erfolgsformat "Fraktion vor Ort" ist in den nächsten Wochen auch in Ihrer Nähe zu Gast. Informieren Sie sich über die Themen "Revision des Kinderbildungsgesetzes" und "Zuhause im Quartier".

Nächste Termine:

24.02.2014 in Langenfeld zum Thema KiBiz  
24.02.2014 in Köln zum Thema Quartier "Justizzentrum Köln"  
26.02.2014 in Iserlohn zum Thema Quartier "Heimat vor der Haustür"  
10.03.2014 in Gelsenkirchen zum Thema KiBiz  
11.03.2014 in Unna zum Thema KiBiz  
12.03.2014 in Bergkamen zum Thema KiBiz  
12.03.2014 in Recklinghausen zum Thema Quartier "Zukunft in Recklinghausen gestalten"

Weitere Informationen zu den Veranstaltungen und eine Möglichkeit zur Online-Anmeldung finden Sie auf unserer [Homepage](#).

## Fotonachweis

---

Pässe: © UbjsP - Fotolia.com  
Tagespflege: © detailblick - Fotolia.com  
Kinder- und Jugendarbeit: © kristall - Fotolia.com  
Zeitungen: © Zerbor - Fotolia.com  
Fraktion vor Ort: SPD-Fraktion NRW

V.I.S.D.P. Walburga Benninghaus, Markus Herbert Weske, Marion Warden, Karl-Heinz Krems  
[SPD-Landtagsfraktion NRW](#), Platz des Landtags 1, 40211 Düsseldorf, Telefon: +49 211 884 -0